

# Arbeit schaffen in Zeiten der Krise



**KPO**  
Steiermark





Produktion von ultralangen Schienen in Leoben-Donawitz.

Foto: voestalpine.com

Vorwort .....	3
Historische Grundlagen.....	4
Arbeitsplatzvernichtung stoppen! .....	10
Die Öffentliche Hand muss sich einmischen!.....	12
Arbeit neu organisieren! .....	14
Das Geld ist da!.....	17
Für eine eigenständige Wirtschaftspolitik! .....	19



## Vorwort

Durch Arbeit wird Reichtum geschaffen, dieser wird aber von einer ganz kleinen Minderheit angeeignet. Jene Menschen, die den Wohlstand schaffen profitieren davon am Allerwenigsten. Das ist der große gesellschaftliche Widerspruch unserer Zeit.

Die neoliberalen Denkfabriken dominieren mit ihren Vorschlägen und Ideen die öffentliche und veröffentlichte Meinung. Deregulierung, Privatisierung und Kosteneffizienz sind die Schlagworte dieser Politik, die immer mehr Menschen in Österreich in Armut und Arbeitslosigkeit stürzt.

Dem etwas entgegenzusetzen ist der KPÖ-Steiermark ein wichtiges Anliegen. Wir wollen nicht nur durch konkrete Hilfestellung den Menschen ein Überleben ermöglichen, sondern darüber hinaus



auch Perspektiven entwickeln, wie die Arbeitswelt in Zukunft aussehen könnte. Eine entsprechende Debatte anzustoßen ist Ziel der vorliegenden Broschüre. Unter welchen Bedingungen, in welcher Form und zu welchem Zweck Arbeit in unserer Gesellschaft geleistet werden sollte, muss grundlegend neu diskutiert werden.

Dreh- und Angelpunkt fortschrittlicher Politik sind ein starker Staat mit einer eigenständigen Wirtschaftspolitik, welche Rahmenbedingungen setzen kann um Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern und demokratische Mitsprache und Kontrolle in den Betrieben zu ermöglichen.

**Dr. Werner Murgg,  
Abgeordneter zum Landtag Steiermark**





# Historische Grundlagen

Zwei Ereignisse beziehungsweise Prozesse haben die Arbeitsverhältnisse in den vergangenen Jahren in besonderer Weise erschüttert. Es waren dies die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie sowie der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

## Die Bedeutung der verstaatlichten Industrie:

Bis in die 1970er Jahre war fast jeder dritte Beschäftigte in der Verstaatlichten tätig. Bedeutende Standorte der verstaatlichten Industrie waren in der Obersteiermark, aber auch in Graz und der Weststeiermark zu finden. Die Zerschlagung der Verstaatlichten traf daher die Steiermark besonders hart.

Die Arbeitsplatzvernichtung, welche mit dem Ende der verstaatlichten Industrie einhergegangen ist, hat in vielen Regionen der Steiermark strukturelle Probleme nach sich gezogen, die bis heute spürbar sind. Große Teile der Bevölkerung müssen auspendeln oder Arbeit in deutlich schlechter bezahlten Berufen finden. Diese Problematik zwingt bis heute große Teile der Jugend zu einer Abwanderung aus vielen Regionen der Steiermark. Durch den Arbeitsplatzverlust und die Abwanderung der Bevölkerung kam es auch zu einem dramatischen Rückgang der Einnahmen der Gemeinden.

Die Verstaatlichte Industrie ging im Übrigen nicht aus wirtschaftlichen Gründen zugrunde, sie war politisch nicht gewollt und wurde daher systematisch ruiniert. Jahrzehntlang hat Österreichs Wirtschaft – auch die Privatwirtschaft – von einer volkswirtschaftlichen „Umwegrentabilität“ durch die Verstaatlichte profitiert. Sie hielt die Löhne und damit die Kaufkraft auf relativ hohem Niveau, sie sorgte für Subaufträge für (private) Zulieferbetriebe und sie lieferte durch Dividendenausschüttungen und Steuerleistungen beachtliche Einnahmen im Staatshaushalt. Zudem war die Verstaatlichte bis zuletzt auch ein innovativer Faktor in den Bereichen: Sozialpolitik, betriebliche Mitbestimmung, Umweltschutz und vor allem Forschung.

## EU-Beitritt:

### Verlust von Souveränität und Arbeitsplätzen

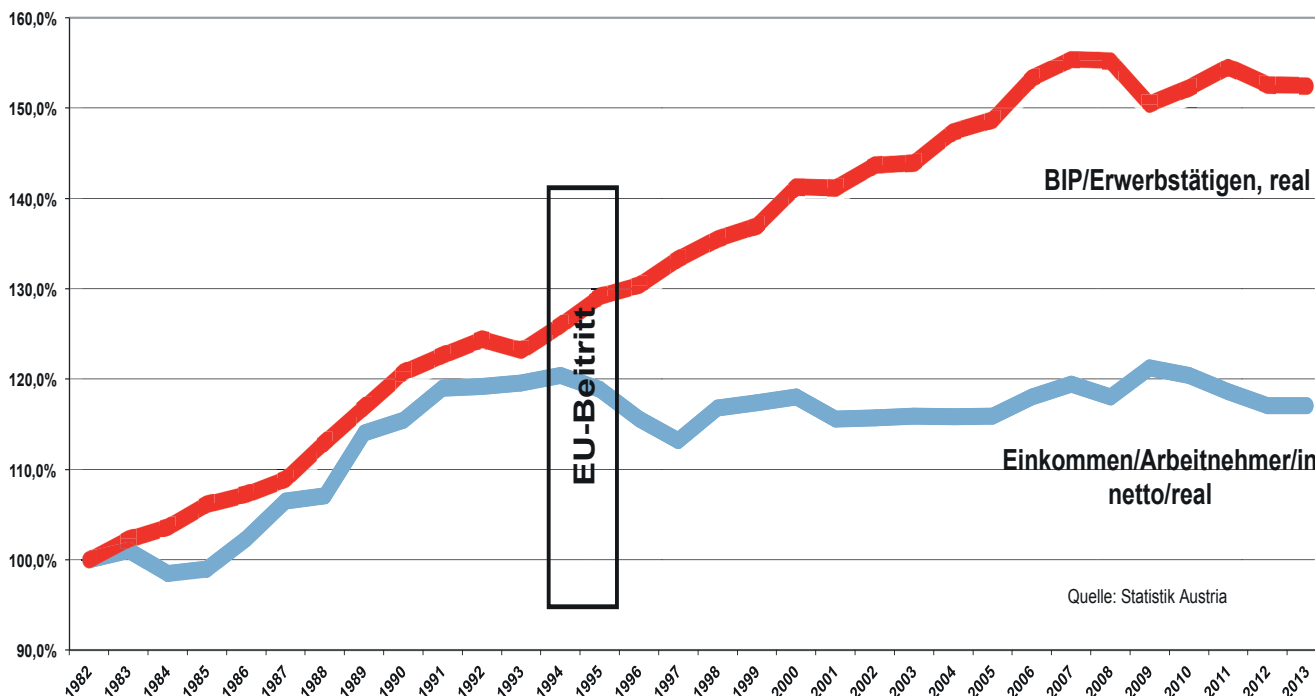
Der Beitritt Österreichs zur EU setzte einen Schlussstrich unter die eigenständige Entwicklung unseres Landes seit 1945 in außen- wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht. Der EU-Beitritt zündete einen neoliberalen Turbo, welcher einen hemmungslosen Umbau von Staat und Wirtschaft hin zu einer immer brutaleren Kapitalherrschaft beschleunigte. Die Wirtschafts- und Währungsunion verstrickt das Schicksal Österreichs noch enger mit den Interessen des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne. Sie dient als Vehikel zur Plünderung der Kassen des Staates und der Taschen der Bürger im Interesse der Großkonzerne. Eine soziale Politik ist unvereinbar mit der Grundstruktur der Europäischen Union.

Zu den Bedingungen für den EU-Beitritt zählte ein radikales Privatisierungsprogramm zur weitgehenden Auflösung des staatlichen Wirtschaftssektors. Hauptnutznießer dessen war und ist das österreichische Finanzkapital, während die Menschen immer mehr unter die Räder kommen. Spätestens seit dem EU-Beitritt hat die Entwicklung eingesetzt, dass sich das Kapital die Produktivitätssteigerungen einseitig angeeignet hat.



Vergleich BIP je Erwerbstätigen real - Arbeitnehmer-Einkommen pro Kopf (netto, real)

Österreich, 1982 - 2013



Die Forderungen nach Nulllohnstunden, Senkung der Lohnnebenkosten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Anhebung des Pensionsantrittsalters usw. werden als Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung bzw. -sicherung ausgegeben. Neben dem Wegfall tausender Industriearbeitsplätze durch die Privatisierungen kam nicht zuletzt seit dem EU-Beitritt der rasante Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen.

Die Aufgabe ökonomischer und politischer Handlungsspielräume ging mit dem EU-Beitritt Hand in

Hand. Der Verlust der wirtschaftlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten Österreichs förderte die zunehmende politische Einbindung in eine von Deutschland dominierte EU und die volkswirtschaftliche Umklammerung durch den Euro. Eine auf den Grundsätzen der Neutralität beruhende Außenpolitik Österreichs unter Wahrung der staatlichen Souveränität, wie es sie unter Bundeskanzler Bruno Kreisky gab, war nur unter der Bedingung einer relativen ökonomischen Selbstständigkeit Österreichs möglich.

Das Leben muss leistbar bleiben!

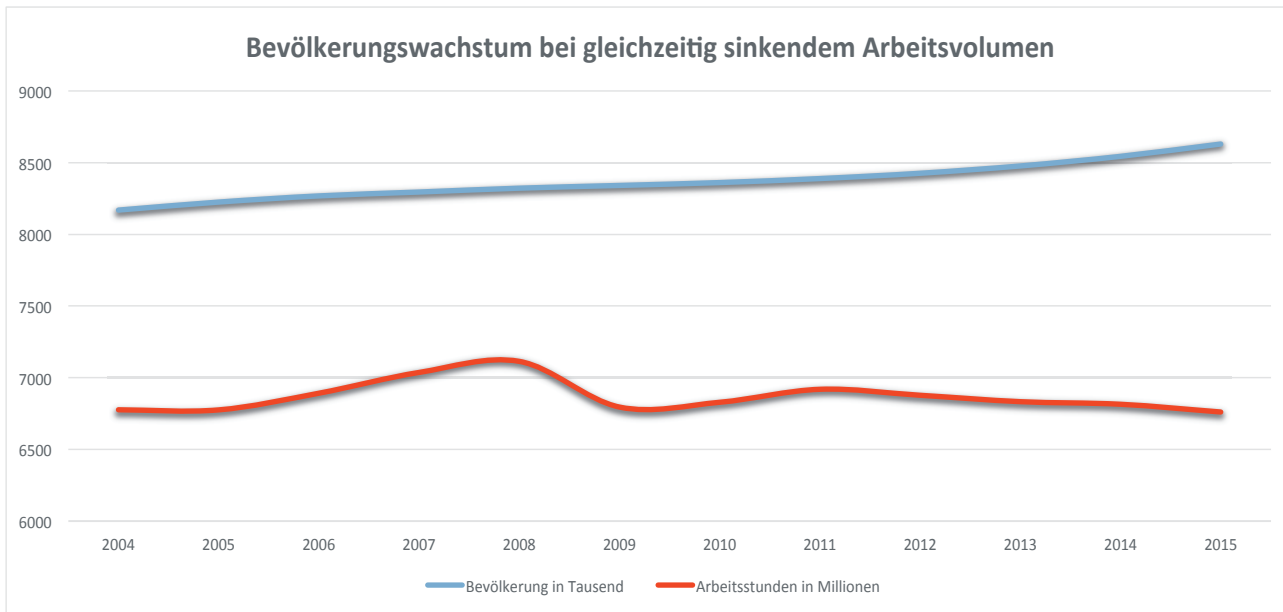
# Löhne und Pensionen erhöhen

**KPÖ**  
Steiermark

## Arbeit schaffen in Zeiten der Krise

Die Krise hat die Steiermark noch immer fest im Griff. Bedingt durch das geringe Wirtschaftswach-

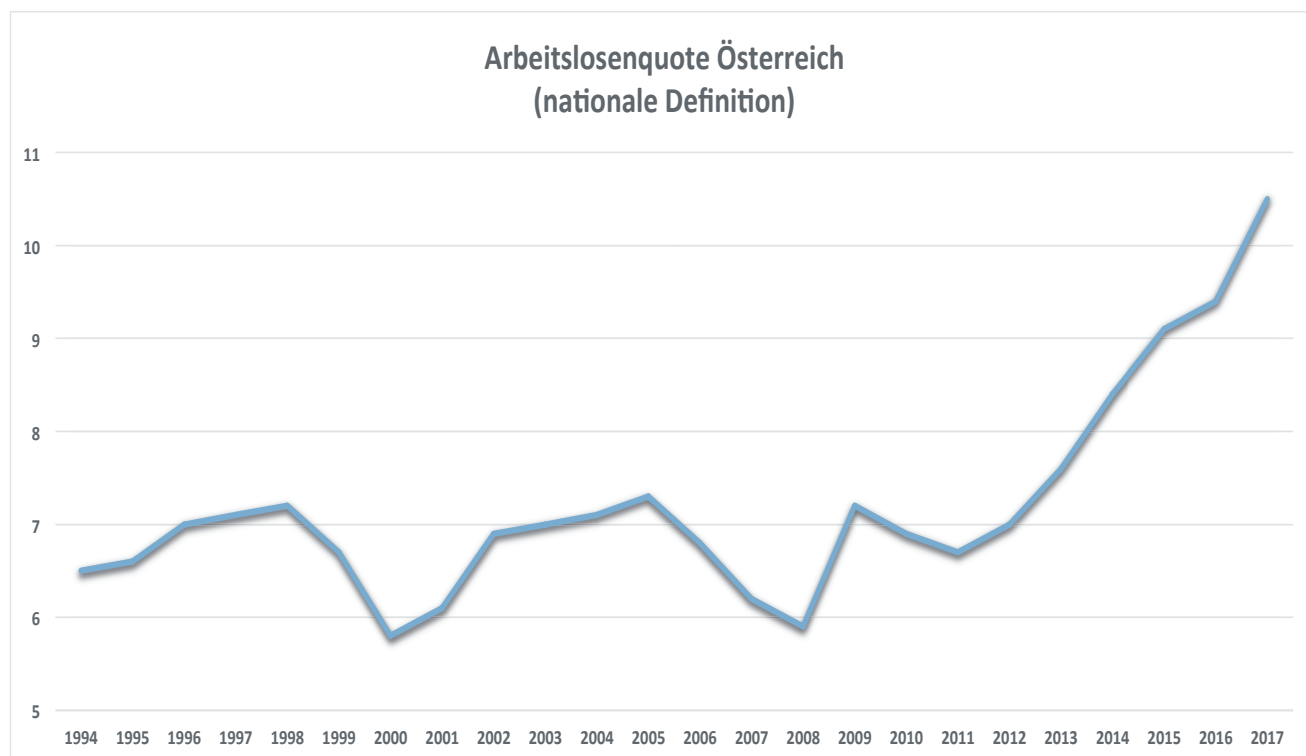
tum gelingt es nicht der steigenden Bevölkerung ausreichend Vollzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.



Seit 2004 stieg die Bevölkerung in Österreich um ca. 500.000 Personen an, während die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden um 14,3 Millionen Stunden gesunken ist.

Die Folgen spüren die Menschen jeden Tag. Arbeitsplätze verschwinden, unsichere Beschäftigungsver-

hältnisse und mit ihr die Armut nehmen zu. Die Anzahl der in Österreich arbeitslos vorgemerkten Personen hat im Jahr 2015 um 11 % gegenüber 2014 zugenommen. Von einem weiteren Anstieg ist auszugehen.



Im Jahr 2015 waren österreichweit rund 950.000 Personen zumindest einen Tag lang beim AMS ar-

beitslos vorgemerk, das entspricht 24,5 % des Arbeitskräftepotenzials. Anders gesagt: Jeder vierte

Österreicher, jede vierte Österreicherin war zumindest einmal arbeitslos gemeldet. Die Reihe der Langzeitbeschäftigungslosen wird auch immer länger. 2015 befanden sich in Österreich durchschnittlich 110.000 langzeitbeschäftigungslose Personen in registrierter Arbeitslosigkeit. 28 % der vorgemerkten Arbeitslosen in der Steiermark gelten mittlerweile als langzeitbeschäftigungslos. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 2015 115 Tage und lag damit um 11 Tage über

dem Wert des Vorjahres. Während Anzahl und Dauer der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen also ansteigen – in der Steiermark waren 2015 durchschnittlich knapp 53.000 Personen arbeitslos bzw. in Schulung – kann die soziale Absicherung weiterhin als Mangelhaft beurteilt werden. 20 % aller Notstandshilfebezieher (38 % der Frauen) bekommen einen Tagsatz von unter 20 Euro, also eine Notstandshilfe, die durchschnittlich weniger als 609 Euro pro Monat beträgt.

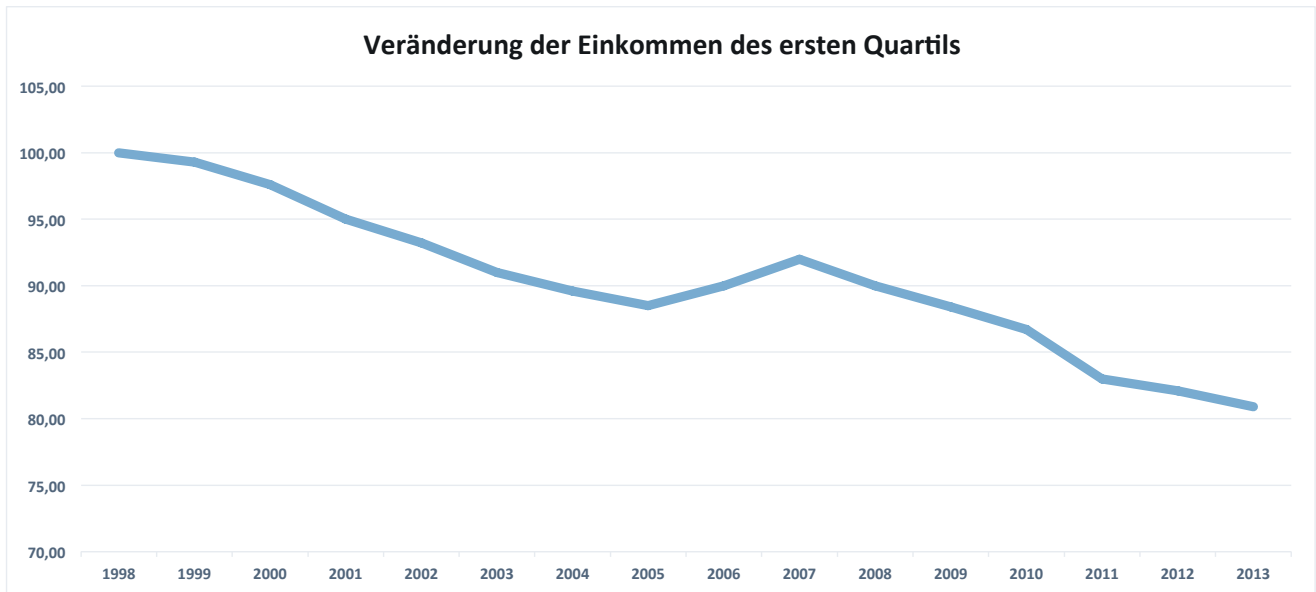


Während einerseits die Arbeitslosigkeit auf immer neue traurige Rekordwerte steigt, geraten andererseits diejenigen, die noch Arbeit haben immer stärker unter Druck.

Frauen verlieren durch Teilzeitarbeit und prekäre Jobs ihre finanzielle Unabhängigkeit.

Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in der Steiermark stieg von weniger als 49.000 im Jahr 1995 auf über

138.000 im Jahr 2014. Die Teilzeitquote bei den Frauen lag 2014 in der Steiermark bei 49,7 % und erreichte damit einen traurigen Rekordwert. Unter anderem durch diese Entwicklung bedingt, kam es auch zu einem starken Absinken der Löhne bei den Geringverdienern. Während das BIP pro Kopf zwischen 1998 und 2013 um 21,7 % stieg sanken die Nettorealeinkommen des untersten Quartils im selben Zeitraum um 19,1 Prozent.



Jungen Menschen fehlt jede Perspektive. Sie haben das höchste Risiko arbeitslos zu werden. 35,8 % des Arbeitskräftepotenzials der unter 25-jährigen war im Jahr 2015 mindestens einen Tag arbeitslos. Beschäftigungsverhältnisse sind wesentlich instabiler. Diese dauern im Durchschnitt bei unter 24-jährigen nur 190 Tage lang, also gerade einmal ein halbes Jahr. Ebenso fand bei den unter 25-jährigen 2015 ein Rückgang der Beschäftigung im Umfang von 2,3 Prozent statt, während einzig die Beschäftigung der über 50-jährigen ansteigt.

Während ganze Regionen von Abwanderung geplagt sind, steigen die Mieten in den Ballungszentren ins Unermessliche. Landauf, landab werden Postämter, Polizeistationen, Krankenhäuser, Schulen und vieles mehr zugesperrt, verschwinden Nebenbahnen und

kulturelle Einrichtungen. Somit schrumpft auch die Zahl der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Seit 2004 sank das Arbeitsvolumen – getrieben durch diese Zusperr- und Verschlechterungspolitik um 6,7 % oder 49,4 Millionen Stunden, womit die öffentliche Hand als Krisenbeschleuniger fungiert.

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist Ergebnis einer bewussten, neoliberalen Politik. Dieser Prozess wurde mit dem Beitritt zu EU und Euro beschleunigt und verschärft. Das Freihandelsabkommen TTIP ist nur eine konsequente Fortführung dieser schädlichen Politik.

Wir wollen diese menschenfeindliche Politik nicht länger hinnehmen.



Öffentliche Infrastruktur gehört in öffentliche Hand



## Unser Gegenkonzept:

Wer aktiv Arbeitsplätze auf sozial verträglicher Grundlage schaffen will, muss mit der bisherigen Politik brechen. Es braucht eine Neuorganisation der Arbeitswelt, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Ein zentrales Anliegen für die Politik muss eine Hebung der Kaufkraft durch eine aktive Lohnpolitik sein, ergänzt durch ein dichtes soziales Netz, bewusst auch auf Kosten der Profite.

Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss zu allererst damit aufhören, ständig gute Arbeitsplätze zu vernichten. Seit dem Beitritt zur EU gingen in Österreich zehntausende Vollzeit Arbeitsplätze verloren. Allein Post und ÖBB bauten fast 45.000 Stellen ab. Seit 1995 wurden in der steirischen Industrie 15.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Blickt man zwei Jahrzehnte weiter zurück so zeigt sich das volle Ausmaß des Arbeitsplatzverlustes in der Steiermark. 1973 gab es in der Steiermark bei den Eisenbahnen fast 13.000 Beschäftigte, 2015 hatten die ÖBB in der Steiermark weniger als 4.500 Beschäftigte. Waren im selben Jahr bei Böhler in Kapfenberg noch fast 8.100 Arbeiter und Angestellte tätig, so arbeiten heute nur mehr rund 2.200 Beschäftigte für die Böhler Edelstahl GmbH & Co

KG. Die Bergarbeiterversicherung hatte 1973 rund 10.600 unselbständig Beschäftigte versichert, die Betriebskrankenkasse der Austria Tabakwerke in Fürstenfeld 338. Im Bergbau sind fast alle Arbeitsplätze verloren gegangen, bei der Austria Tabak, einem hochprofitablen Unternehmen, nach deren Privatisierung alle.

Privatisierungen müssen gestoppt werden. Das Land sollte stattdessen selbst zu einer aktiven Wirtschaftspolitik übergehen. Wir sagen: Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand. An einem öffentlichen Programm zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führt kein Weg vorbei. Dazu braucht es Investitionen beispielsweise in den Ausbau kommunaler Infrastruktur, öffentlicher Verkehrsmittel und den massiven Neubau von Gemeindewohnungen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität und auch die Unternehmensprofite steigen von Jahr zu Jahr. Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Gleichzeitig kommen immer mehr Steirerinnen und Steirer mit ihrem Einkommen kaum mehr über die Runden. Die von der KPÖ-Steiermark formulierten Punkte zeigen auf, wie in Zeiten der Krise Arbeitsplätze geschaffen werden können.



Produktion von Weichen in Zeltweg

Foto: voestalpine.com

# Arbeitsplatzvernichtung stoppen!

## Nein zu Privatisierungen

Privatisierungen führen zu Leistungsabbau, Gebührenerhöhungen, schlechteren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und einem geringeren Personalstand. Das wurde in Österreich, ja weltweit während der letzten Jahrzehnte hundertfach bewiesen. Deshalb sagen wir: Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand.

Einige wesentliche Bereiche der österreichischen Volkswirtschaft sind trotz aller Privatisierungsorgien nach wie vor im Eigentum der öffentlichen Hand: Sie befinden sich in Staatsbesitz, sind im Besitz der Länder oder gehören den Kommunen. So gehören Teile der OMV, der Telekom und die Mehrheit der Post ebenso wie die Mehrheit am Verbundkonzern der Republik Österreich. Auch große Teile der Landesenergieversorger haben die Bundesländer als Eigentümer. Einige der ehemaligen „Landesbanken“ stehen nach wie vor mehrheitlich oder teilweise im Eigentum der Länder. Nicht zu vergessen wesentliche Teile der Transportwirtschaft: ÖBB, GKB und Steirische Landesbahnen stehen zur Gänze im öffentlichen Eigentum. Vor allem die österreichischen Gemeinden besitzen nicht unerhebliche wirtschaftliche Betriebe: Kommunale Stadtwerke, gemeindeeigene Verkehrsunternehmungen und Sparkassen stellen, demokratisch verwaltet, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung und bieten Arbeitsplätze von denen man leben kann. Wir fordern nicht nur einen Privatisierungsstopp und den Erhalt des vielfältigen öffentlichen Eigentums, die KPÖ tritt auch für eine Re-Verstaatlichung ein, um wichtige Bereiche der Wirtschaft wieder in das Gestaltungsfeld der öffentlichen Hand zurück zu holen. In diesem Zusammenhang dürfen auch Enteignungen kein Tabu sein. Auch mit frischem Notenbankgeld könnte die Notenbank Aktien erwerben und Konzerne so „re-verstaatlichen“. Gerade Bereiche wie Bahn, Post oder Telekommunikation – man denke an die Milliardenförderungen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau – verlangen nach einem staatlichen Monopol, um den unregulierten Wildwuchs zu Lasten der in diesen Branchen Beschäftigten, der Umwelt und letztlich auch der Kundinnen und Kunden zu verhindern. Vor allem muss das Land selbst zu einer aktiven Wirtschaftspolitik übergehen.

Wir wenden uns gegen die Zerschlagung der Gesundheitsversorgung und der damit einhergehen-

den weiteren Zunahme der „Zwei-Klassen-Medizin“; wer eine teure Zusatzversicherung hat oder bereit ist Wahlärzte mit Selbstbehalt aufzusuchen, merkt meist nichts von überfüllten Ambulatorien und langen Wartezeiten in den Spitälern, während für „normal“ Versicherte das immer mehr zur Tagesordnung gehört. Wir brauchen einen Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Pflegeeinrichtungen. Investitionen in das Pflege- und Gesundheitssystem sind notwendig und machbar! Die im Eigentum des Landes stehende Steirische Krankenanstaltengesellschaft (KAGES) muss wieder in die unmittelbare Zuständigkeit des Landtages, als gewähltes Organ der Steirerinnen und Steirer, rückgeführt werden, um weitere Spitalsschließungen und Bettenreduktionen zu verhindern.

### Gegen Minijobs und Leiharbeit – Lohndumping effektiv entgegentreten

Der Arbeitsmarkt ist im Wandel. Befristete Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeit- und Leiharbeit nehmen zu, reguläre, gut bezahlte Arbeitsplätze gibt es immer weniger. Arbeit geschieht oftmals unter prekären Bedingungen. Die Belegschaften werden gespalten: Wer eine Fixanstellung hat, muss froh sein diese nicht zu verlieren, Leiharbeiter hingegen müssen besonders hart arbeiten, um vielleicht eine Fixanstellung zu bekommen. Sie gehören bei Kündigungen meist zu den Ersten. Wer eine Leiharbeitsstelle hat, muss ein Übernahmerecht nach spätestens einem Jahr bekommen. Auf Perspektive muss Leiharbeit abgeschafft werden. Wir brauchen zudem gesetzliche Bestimmungen, welche die Teilzeitarbeit für Unternehmen unattraktiv machen. Statt Teilzeitarbeit auszuweiten müssen neue und gut bezahlte Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden. Die bisherigen Flexibilisierungen des Arbeitsrechtes haben diese missliche Lage wesentlich mit verursacht. Es wäre höchst an der Zeit, diese Flexibilisierungen im Arbeitsrecht wieder zurückzunehmen.

Wie schaut die Situation am steirischen bzw. österreichischen Arbeitsmarkt aus? Was ist dran, an der immer wieder gehörten Phrase von der angeblich stetigen Zunahme der Beschäftigung? Einerseits nimmt die Arbeitslosigkeit auch in der Steiermark weiter zu: Betrug diese im Jahr 2013 7,4 Prozent,



so stieg sie 2014 auf 7,9 Prozent und erreichte 2015 bereits 8,3 Prozent. Österreichweit betrug die Arbeitslosigkeit 2015 9,1 Prozent. In der Steiermark waren 2015 rund 53.000 Menschen als arbeitslos gemeldet bzw. befanden sich in Schulungsmaßnahmen. Österreichweit betraf dies fast 420.000 Personen. Tatsächlich nahm die Zahl der unselbständig Aktivbeschäftigten 2015 in der Steiermark gegenüber 2014 um 1 Prozent auf im Jahresdurchschnitt 477.500 Personen zu. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist in diesem Zeitraum wieder gestiegen und war mit 1,4 Prozent höher als die Ausweitung der unselbständigen Aktivbeschäftigung. Fast 51.000 Personen, mehr als zehn Prozent, arbeiten bereits lediglich geringfügig, viele davon unfreiwillig. Allerdings ist ein Gutteil des Beschäftigtenwachstums auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen! So nahm österreichweit die Teilzeitbeschäftigung von 2014 auf 2015 neuerlich um 1,5 Prozent zu, während die Vollzeitbeschäftigung um 0,8 Prozent zurückging. In der Steiermark arbeiteten 2015, ebenso wie in Österreich, bereits 25,1 Prozent Teilzeit. Bei Frauen betrug die Teilzeitquote in der Steiermark 46,3 Prozent. Auch hier arbeiten Viele mangels eines verfügbaren Vollzeit Arbeitsplatzes unfreiwillig Teilzeit. All das spiegelt sich in der absoluten Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wieder: in Österreich wurden 2014

6,95 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, praktisch gleich viel wie 2013.

Das bedeutet: Wenn die geleisteten Arbeitsstunden stagnieren, die Zahl der Beschäftigten jedoch gleichzeitig zunimmt, befinden sich immer mehr Menschen in Wahrheit in Kurzarbeit. Wir sind seit Jahren mit einer Arbeitszeitverkürzung ohne (!) Lohnausgleich konfrontiert. Soviel zum angeblichen österreichischen „Beschäftigungswunder“.

Es braucht gesetzliche Regulierungen, um Lohndumping zu unterbinden. Das Land selbst muss eine Vorbildrolle bei der Entlohnung und den Rahmenbedingungen, wie Sozialleistungen usw. für die Beschäftigten einnehmen. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand mit Hilfe der Leiharbeit erkämpfte Errungenschaften unterläuft! Kurzfristig umsetzbar wäre ein Verbot der Leiharbeit im öffentlichen Bereich, also überall dort, wo Land und Kommunen Einfluss haben. Generell müssen schlecht entlohnte Tätigkeiten soweit aufgewertet werden, dass eine Arbeitsstunde zumindest 10 Euro brutto wert ist. Ein Billiglohnsektor ist unwürdig und fördert Ausbeutung, Armut und die Abhängigkeit von Sozialleistungen. So ist ein großer Teil der Bezieher von Mindestsicherung sehr wohl berufstätig. Allerdings ist die Entlohnung so gering, dass Mindestsicherung bezogen werden muss.



Produktion von  
Bergbaumaschinen in  
Zeltweg  
Foto: sandvik.com



# Die Öffentliche Hand muss sich einmischen!

## Für einen öffentlichen Wirtschaftssektor

Die öffentliche Hand muss wieder ein Faktor im Wirtschaftsleben werden. Nur dann kann sie auch aktiv in die Wirtschaft eingreifen und gestalten. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge – Abfall-, Kanal- und Wasserwirtschaft, aber auch Energie – gehören grundsätzlich öffentlich organisiert.

Ergebnis der von der KPÖ-Steiermark geforderten Reformen wäre ein starker Anteil an öffentlichem Eigentum auch im Industriebereich, ein massives Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und ein gemeinnütziger öffentlicher Sektor in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung, Kultur usw. bei dem die Interessen der Beschäftigten nicht zu kurz kommen.

Bund, Land und die Kommunen müssen von der vorherrschenden Privatisierungspolitik Abstand nehmen und stattdessen versuchen, in Form von Beteiligungen, aber auch in Form von Unternehmensgründungen selbst eine aktive Rolle in der Wirtschaft einzunehmen. Dies würde bei entsprechender Erschließung neuer Geschäftsfelder nicht nur Mehreinnahmen durch Unternehmensgewinne bedeuten, sondern auch eine Sicherung der Standorte und ein großes Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit ermöglichen. Der neu zu schaffende öffentliche Beschäftigungssektor muss eine Vorreiterrolle in der Lohn- und Beschäftigungspolitik einnehmen.

In der Steiermark sind Beteiligungen an der Stahl- und Fahrzeugindustrie ebenso denkbar wie die Übernahme von Schlüsselbetrieben in der Holzwirtschaft samt Schaffung einer Kette von Betrieben der Finalproduktion (Pellets, Möbel, Holzhäuser etc.). Umsetzbar wäre auch eine verstärkte Leistungserbringung durch landeseigene Betriebe, sei es in der Straßenerhaltung, beim Wohnbau oder durch die Schaffung von Landeswerkstätten beispielsweise zur Ausstattung der landeseigenen Schulen, Büros usw.. Durch die Heranziehung landeseigener Betriebe könnte auch das neoliberale Ausschreibungsdiktat umgangen werden, und es würde wieder mehr Wert auf die Qualität und die sozialen Kriterien der Arbeit gelegt werden.

Der öffentliche Wirtschaftssektor könnte Lokomotive des industriellen und sozialen Fortschritts

werden, seine Errichtung würde die Abhängigkeit vom Willen weniger Großkonzerne einschränken und müsste gegen den Willen des internationalen Kapitals und der in Österreich herrschenden Kräfte durchgesetzt werden.

### Die Gemeinden stärken

Zahlreiche „Reformen“ und wirtschaftspolitische Maßnahmen führten in den vergangenen Jahren dazu, dass die Kommunen immer weniger in der Lage sind, ihre grundlegenden Aufgaben zu erfüllen – Gemeindefusionen, Schließung von Bezirksgerichten, Auflösen von Postämtern und Polizeidienstposten etc. – führten zu einem Konzentrationsprozess und einer damit einhergehenden Ausdünnung des ländlichen Raumes, welchem dadurch zunehmend die Entwicklungspotentiale geraubt werden.

Wir schlagen hingegen vor, einen anderen Weg zu gehen:

Die steirischen Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, selbstständig wirtschaftlich tätig zu sein. Dabei geht es nicht bloß um die Müllbeseitigung und die Kanalisationsbewirtschaftung, sondern auch um die Erschließung neuer Geschäftsfelder, von handwerklichen Betrieben über Leistungen als Energieversorger bis hin zum Einzelhandel – insbesondere in Gegenden mit keinen oder zu wenigen Geschäften. Die öffentliche Hand muss wieder lernen, selbstständig wirtschaftlich tätig zu sein. Dazu braucht es neue Impulse für eine kommunale Wirtschaftspolitik und regionale Instrumente zur Stärkung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Gerade die Städte und Gemeinden können lokalgerechte Impulse und Problemlösungen anbieten, insbesondere in den Bereichen Administration und Verwaltung sowie Infrastruktur.

Die ländlichen Gemeinden können im schwieriger werdenden Kampf um zukunftsorientierte Arbeitsplätze nur bestehen, wenn sie ebenfalls eine aktive, selbstständige Wirtschaftspolitik betreiben. Ohne ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Substanz werden die meisten Gemeinden und Dörfer einen wesentlichen Teil ihrer Eigenart und Lebensqualität verlieren – vom Bevölkerungsverlust gar nicht erst zu reden. Zusätzlich braucht es eine Strategie der Wegeverkürzung, eine Rückführung wichtiger

infrastruktureller Angebote in die Gemeinden und Dörfer, eine Stabilisierung der Grundversorgung am Land nach dem Motto „rettet den letzten Nahversorger im Ort“ (auch für Postdienststellen, Apotheken, Haus- und Fachärzte usw.). Auch der Nahverkehr – gerade am Land – muss in diesem Sinne gestärkt werden. Der Stilllegung von Regionalbahnen muss das Konzept eines ausgebauten Nahverkehrs entgegengehalten werden.

### Investitionsprogramm umsetzen

Unser Bundesland hat gute Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg. Der Markt ist jedoch nicht in der Lage, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. An einem öffentlichen Programm zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führt kein Weg vorbei. Dazu braucht es Investitionen, beispielsweise in den Ausbau kommunaler Infrastruktur, in öffentliche Verkehrsmittel und den massiven Neubau von Gemeindewohnungen.

Seit vielen Jahren regiert in der steirischen Politik der Sparstift. Hunderte Postämter, Polizeistationen, Bahnhöfe, Schulen und vieles mehr wurden aufgelassen. Auch die Gemeindefusionen führten zu einem noch andauernden Abbau kommunaler Infrastruktureinrichtungen. Dem muss durch eine Investitionsoffensive zur Schaffung neuer sozial wünschenswerter Einrichtungen entgegengewirkt werden.

In der Steiermark fehlt es an guten und leistbaren Wohnungen. Massive Investitionen in den öffentlichen Wohnbau sind dringend notwendig. Gemeindewohnungen haben neben der Funktion günstiger Mieten auch eine soziale Regulierungsrolle und üben Druck auf den privaten Wohnsektor aus. Eine Wohnbauoffensive würde tausende Arbeitsplätze schaffen und den gravierenden Mangel an leistbaren Wohnungen lindern. Eine entsprechende

Zweckwidmung der Wohnbaufördermittel würde die Finanzierung erleichtern.

Es braucht Investitionen in den Verkehr, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss dabei Vorrang haben. Tausende Arbeitsplätze könnten auch durch Maßnahmen zum Umweltschutz und Investitionen in das Pflege- und Gesundheitswesen geschaffen werden.

### Finanzierung des Non-Profit-Bereiches

Die KPÖ-Steiermark tritt dafür ein, gemeinnützige Arbeit in bezahlte Arbeit umzuwandeln. Dazu fordern wir die Errichtung eines öffentlichen Non-Profit-Sektors, in dem der Bedarf an sozialen, kulturellen, Umwelt- und Infrastrukturaufgaben befriedigt werden könnte. Neue gesellschaftlich nützliche Arbeitsplätze müssen angeboten werden, welche bisher überhaupt nicht oder in ungenügendem Umfang bestehen.

Nicht die Arbeit geht uns aus, sondern für gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht ausreichend Profit bringt, werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. In den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung und Erziehung oder im Kulturbereich könnten zehntausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieser öffentliche Non-Profit-Sektor würde beträchtliche Teile des brachliegenden Arbeitskräftepotentials aufsaugen und so einen wesentlichen Beitrag sowohl zu einer Dauer-Vollbeschäftigung als auch zur sozialen Wohlfahrt der Gesellschaft leisten. Dieser neu aufgestellte gemeinnützige Arbeitsmarkt müsste auch vorhandene Beschäftigungsverhältnisse in den entsprechenden Bereichen neu aufstellen, weg von Projekt- hin zu Dauerstellen mit langfristigem gesellschaftlichem Mehrwert. Die Entlohnung müsste sich an der entsprechenden Entlohnung im öffentlichen Dienst orientieren.

Es braucht Investitionen  
in den Verkehr



## Arbeit neu organisieren!

# Höhere Löhne – 1.700 Euro Mindestlohn

Immer mehr Menschen haben Geldsorgen, nicht weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie sogar mit zwei oder drei Jobs zu wenig verdienen, um über die Runden zu kommen. Was wir brauchen sind Löhne und Gehälter, die es ermöglichen, dass eine durchschnittliche Familie von einem durchschnittlichen Einkommen gut leben und Rücklagen bilden kann. Dazu ist es erforderlich, dass die Gewerkschaften sich bei den Kollektivvertragsverhandlungen ihrer Stärke und Verantwortung bewusst werden und keine Netto-Lohnrunden unter der Inflation abschließen. Im Gegenteil: die jahrzehntelang gültige Formel, Gehaltserhöhung ist gleich Inflation plus halbem Produktivitätszuwachs (Benya-Formel) muss wieder zum Drehpunkt der Lohnkämpfe werden. Flankierend dazu benötigt es ein gesetzliches Mindestgehalt von 1.700 Euro brutto monatlich, beziehungsweise von 10 Euro brutto die Stunde auf Basis der derzeit geltenden 40 Stunden Woche. Entsprechend der geforderten Arbeitszeitverkürzung würde der Stundenlohn bei einer 35 Stunden Woche auf ca. 11,40 Euro steigen.

Auch für Lehrlinge muss eine Mindestlehrlingsentschädigung von 550 Euro im ersten Lehrjahr durchgesetzt werden. Pensionen müssen ebenfalls jedes Jahr deutlich über der Inflation angehoben werden. Höhere Löhne und Pensionen stärken die Kaufkraft und damit die heimische Wirtschaft. Dieser Entwicklung dürfen auf keinen Fall Gebührenerhöhungen, Verteuerungen und neue Belastungspakete entgegengesetzt werden. Es braucht einen Belastungsstopp.

### Sichere Arbeitsplätze – Kündigungsschutz ausbauen!

Nicht nur die Höhe der Bezahlung, sondern auch die Dauer eines Arbeitsverhältnisses ist ausschlaggebend dafür, ob es geeignet ist, dass sich Menschen eine gesicherte Existenz aufbauen können.

Leiharbeit, befristete Dienstverhältnisse und ein generell unzureichender Kündigungsschutz führen dazu, dass Arbeitsverhältnisse immer kürzer andauern. Von 2013 auf 2014 sank die Dauer der beendeten Arbeitsverhältnisse um ein Monat, auf 2015 um weitere 20 Tage. Die beendeten Dienst-

verhältnisse dauerten daher im Schnitt nur mehr 532 Tage. Im Laufe des Jahres 2015 wurden in Österreich 1.720.300 Arbeitsverhältnisse beendet und das bei einem durchschnittlichen Bestand von rund 3.500.000 unselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen.

Besonders junge Menschen sind von dieser Entwicklung überproportional stark betroffen. Nicht nur, dass die eigene Zukunft, ja nicht einmal die nächsten Monate wie zum Beispiel Urlaube planbar sind, auch die innerbetriebliche Mitbestimmung wird ad absurdum geführt, wenn durch die immer kürzere Dauer der Arbeitsverhältnisse beispielsweise die Teilnahme an Betriebsratswahlen verunmöglicht wird.

Es braucht daher dringend Mechanismen, die die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse wieder erhöhen. Dazu zählen ein Zurückdrängen der Leiharbeit, ein erweiterter Kündigungsschutz, sowie eine Ausweitung der Kündigungsfristen in den Kollektivverträgen und eine Angleichung der gesetzlichen Mindeststandards bei Arbeitgeberkündigung der Arbeiter an die der Angestellten.

### Für die dreifache Arbeitszeitverkürzung

Hunderttausende Arbeiter und Angestellte machen Überstunden – und das oft unbezahlt. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich immer mehr. Leistungsdruck, das Arbeiten bis in die Nacht hinein und selbst bei Krankheit gehören für immer mehr Menschen zum Alltag. Gleichzeitig sind hunderttausende arbeitslos, werden vom AMS von einer Schulung zur nächsten geschickt und verlieren zusehends jegliche Perspektive.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist dringend nötig. Diese Arbeitszeitverkürzung müsste auf drei Ebenen durchgesetzt werden: Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden als erstem Schritt, die Einführung einer sechsten Urlaubswoche für alle und eine Senkung des Pensionsantrittsalters würden die Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit senken und mehr Freizeit für die Einen und Arbeitsplätze für die Anderen bedeuten.



Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, in der die Menschen bei Pensionsantritt auf ihr Arbeitsleben zurückblicken können mit dem Gefühl, etwas geleistet zu haben und fair behandelt worden zu sein. Man soll die Pension genießen können und in Würde erleben. Die Pensionen sind dann gesichert, wenn genügend Menschen Arbeit finden.

### **Gleiche Rechte, gleicher Lohn!**

Berufstätigkeit bedeutet für Frauen ökonomische Unabhängigkeit und Überwindung der privaten Isolation, gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erfordert daher eine Gleichstellung am Arbeitsmarkt. Tatsache ist jedoch, dass Frauen noch immer im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer verdienen. Zudem werden junge Frauen in besonders gering entlohnte Jobs gedrängt, bei denen ein eigenständig finanziertes Leben kaum möglich ist. Finanzielle Unabhängigkeit vom Partner ist jedoch Grundlage jeder Emanzipation!

Die Arbeit, die Frauen leisten darf nicht weniger Wert sein, als jene von Männern. Obwohl die Gleichberechtigung gesetzlich verankert ist, braucht es zusätzliche Maßnahmen, um nach wie vor bestehende Diskriminierungen aufzuheben.

Das Land Steiermark kann mit gutem Beispiel vorangehen: Wirtschaftsförderungen sollen nur an Unternehmen ausbezahlt werden, die Männer und Frauen gleichberechtigt behandeln und entlohnen.

### **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde die Vereinbarung von Beruf und Familie erleichtern. Zusätzlich braucht es flächendeckend kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen in halbtages- und ganztagesform. Ganztägige Schulformen und Angebote zur Nachmittagsbetreuung für Schulkinder sind ebenso notwendig. Die verpflichtende Einrichtung von Betriebskindergärten ab einer gewissen Unternehmensgröße ist sinnvoll. Auch in der Altenpflege braucht es dringend zusätzliche mobile und stationäre Angebote, die mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind. Wer aus Gründen der Kindererziehung eine Teilzeitbeschäftigung eingenommen hat, muss ein Rückkehrrecht zu Vollzeit haben. Nicht nur die Arbeitszeit selbst, sondern auch die Entfernung zum Arbeitsplatz und die damit verbundenen Wegzeiten spielen eine entscheidende Rolle bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen zur Annahme von Jobs ist strikt abzulehnen. Aufgabe des AMS muss die Vermittlung mit dem Familienleben vereinbarer Jobs sein und nicht die Durchsetzung unzumutbarer Beschäftigungsverhältnisse mittels Zwangsmaßnahmen. Schon jetzt gelten bei Vollzeitstellen 2 Stunden tägliche Wegzeit als zumutbar. In einer Situation in der auf eine offene Stelle ca. 15 Arbeitslose kommen ist es zudem ökonomisch und ökologisch vollkommen unsinnig Menschen zu kilometerweiten Fahrten zu zwingen, wenn in der Nähe des angebotenen Arbeitsplatzes ohnehin genügend Bewerber zur Auswahl stehen.

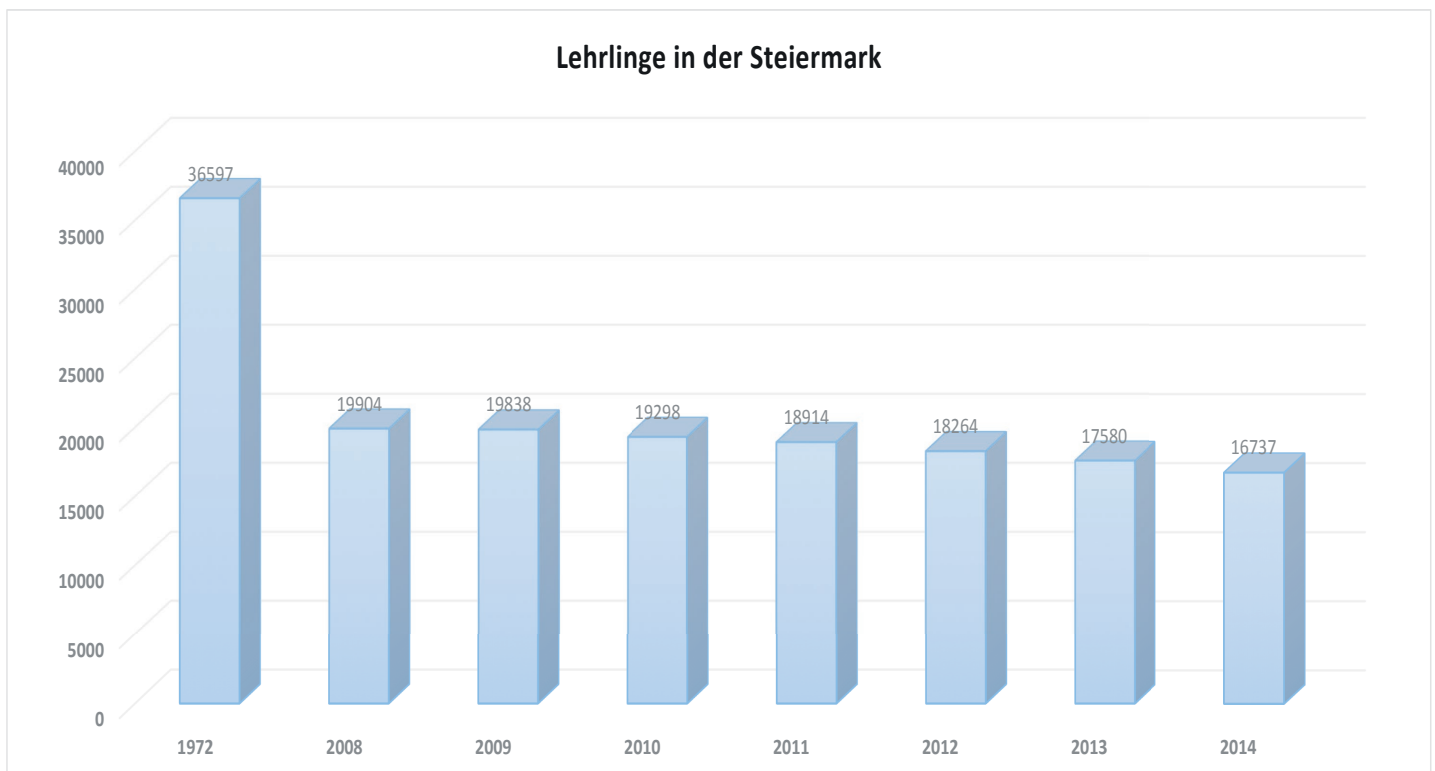


## Defizite in der Lehrlingsausbildung beheben

Viele junge Menschen erleben ihre Lehrjahre als unbefriedigenden Lebensabschnitt. Sie werden im Betrieb oft nicht ernst genommen und für niedere Dienste eingeteilt, welche ihnen bei ihrer Ausbildung nicht weiterhelfen. Die niedrige Lehrlingsentschädigung lässt keine finanziellen Spielräume zu. Nach der Lehre stehen die jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter dann vielfach ohne Anstellung da, denn nur als billige Hilfsarbeitskräfte während der Lehrzeit konnte man sie brauchen. Eine Übernahmeverpflichtung des fertig ausgebildeten Lehrlings erhöht einerseits das Interesse der Unternehmen, Lehrlinge nicht als billige Hilfsarbeitskräfte zu missbrauchen und schafft andererseits eine sichere Zukunftsperspektive für den Lehrling. Großunternehmen sowie die öffentliche Hand sollen daher dazu verpflichtet werden Lehrlinge nach erfolgreichem Abschluss der Lehre zu übernehmen.

Betriebe, die diese Verpflichtung umgehen wollen, indem sie keine oder ihrer Größe entsprechend zu wenige Lehrlinge ausbilden, haben mit empfindlichen Strafzahlungen zu rechnen.

In den Berufsschulen fehlen oft aktuelle Unterrichtsmethoden und Geld für passende Ausstattung. Hinzu kommt, dass viele Jugendliche gar keine Lehrstelle finden, weil zahlreiche Betriebe nicht oder kaum ausbilden. Im Schnitt kamen daher im Jahr 2015 in Österreich auf eine offene Lehrstelle 1,88 Lehrstellensuchende. In der Steiermark war das Missverhältnis zwischen offenen Lehrstellen und Lehrstellensuchenden besonders groß. In unserem Bundesland trafen auf eine offene Lehrstelle 2,93 Lehrstellensuchende. Der Rückgang der Lehrlingszahlen liegt daher definitiv nicht an zu wenigen an einer Lehre interessierten Personen.



Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Lehrwerkstätten und eine bessere Ausstattung der Berufsschulen. Finanziert werden könnte dies durch einen Lehrlingsfonds, in den jene Betriebe einzahlen müssen, welche selbst nicht ausbilden. Eine Min-

destlehrlingsentschädigung von 550 Euro brutto monatlich im ersten Lehrjahr und eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung müssen gesetzlich verankert werden.

# Das Geld ist da!

## Wertschöpfungsabgabe und Vermögenssteuern

Die Maastricht-Verträge zwingen zu einer Budgetpolitik, welche vernünftige Löhne als „Kostenfaktoren“ abtut, Sozialleistungen als Ballast benennt und Umweltvorschriften als unzumutbare Auflagen verunglimpft. Unter diesen Umständen kann selbstverständlich keine emanzipatorische, antineoliberale Politik erwartet werden. An einem Bruch mit diesem Finanzdiktat wird eine emanzipatorische Politik nicht umhinkommen.

Die steigende Produktivität gehört in Form von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung an die arbeitenden Menschen, und in Form einer Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“) an die Sozialsysteme umverteilt.

Diese neue Form der Besteuerung würde Gewinne, Zinsen und Kapitalerträge belasten und nicht wie die gängigen Massensteuern die Einkommen der Menschen vermindern und das tägliche Leben verteuern.

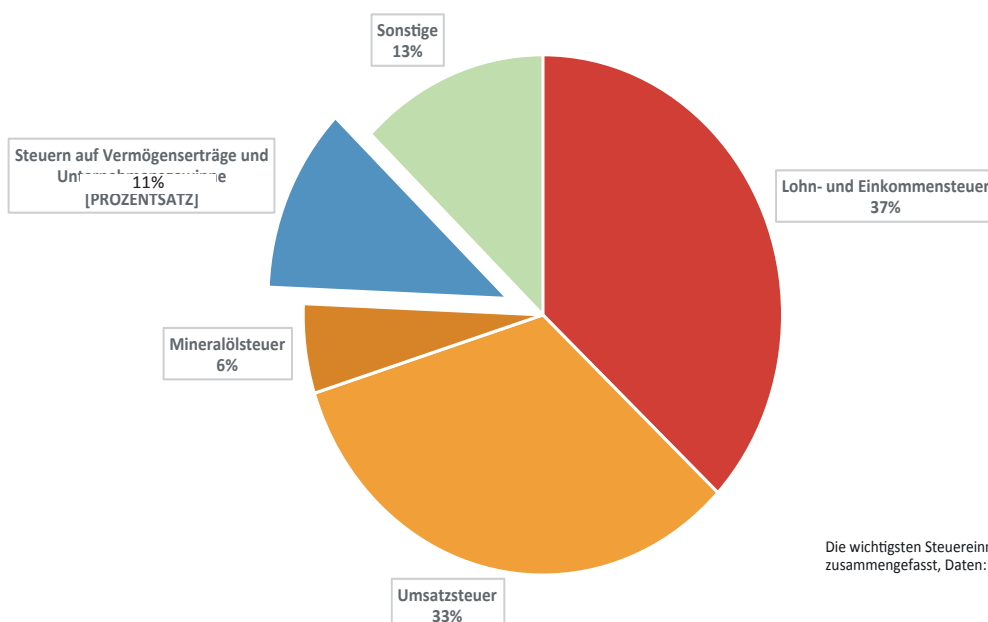
Die Arbeitswelt wird durch moderne Technologien und vernetzte Systeme zunehmend neu organisiert. Das Schlagwort „Industrie 4.0“ wird strapaziert. Die Wirtschaft frohlockt, tausende Arbeitsplätze ließen

sich dadurch einsparen. Wir hingegen wollen diesen Ausdruck einer massiv steigenden Arbeitsproduktivität zugunsten der Menschen umverteilen.

Seit dem Beitritt zur EU stagnieren die Löhne. Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Reichtum in Österreich weiter an. Diese Entkoppelung der Einkommen von der Wirtschaftsleistung führt dazu, dass riesige Geldsummen fehlen, im Geldtascherl ebenso wie im Staatshaushalt!

Das Geld, das auf der sozialen Seite fehlt, ist der Reichtum einiger Weniger. Die Vermögensbesteuerung ist in Österreich auf dem Tiefststand. Gerade einmal 0,6 Prozent des BIP und 1,3 Prozent der Steuern machen vermögensbezogene Steuern aus. Die steuerliche Bevorzugung der Vermögenden in Österreich führt einerseits dazu, dass die Arbeitseinkommen einen immer größeren Teil der Steuerlast tragen müssen, andererseits die öffentlichen Kassen immer größere Lücken aufweisen. Vermögenssteuern sind daher ein vernünftiges Mittel, um zu Gunsten des Sozialstaates umverteilen zu können. Ergänzend müssen Steueroasen trockengelegt werden und es braucht dringend gesetzliche Maßnahmen, um den Kapitalabfluss aus Österreich zu begrenzen.

Lohn- und Massensteuern machen einen Großteil der Staatseinnahmen aus



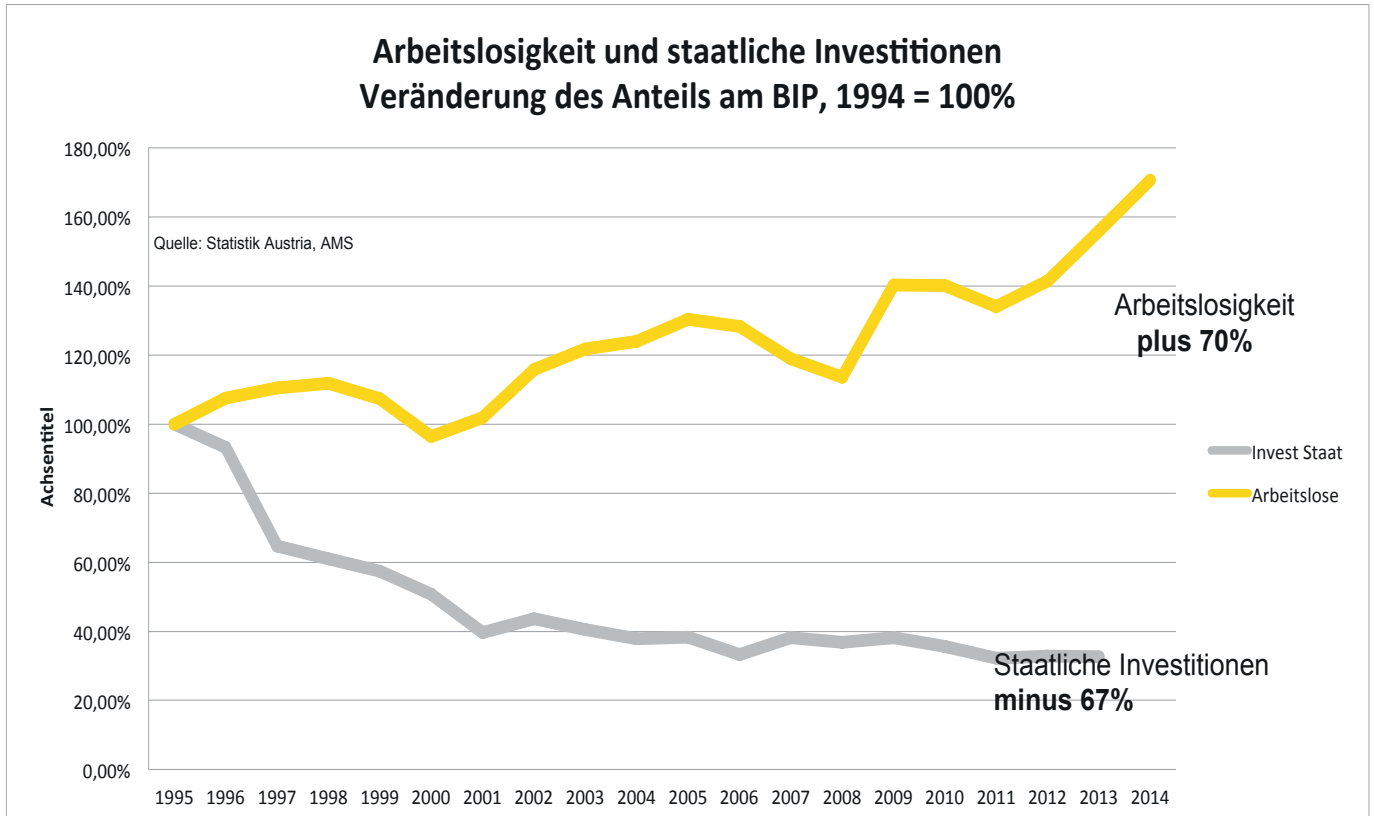
Die wichtigsten Steuereinnahmen des Bundes 2013 zusammengefasst, Daten: [blog.arbeit-wirtschaft.at](http://blog.arbeit-wirtschaft.at)



## Geld für Investitionen statt für Aktionäre

Die Gewinne steigen, gleichzeitig wird aber immer weniger investiert. Das Argument, dass Unternehmensgewinne letztlich die Investitionen von morgen seien, ist nicht mehr stichhaltig. Statt zu in-

vestieren, wird mit dem Geld in der Finanzsphäre spekuliert. Ausbaden müssen das die Arbeiter und die Angestellten, welche den Konkurrenzdruck mit ihren Löhnen abfedern müssen.



## Wirtschaftsförderungen nur für neue Arbeitsplätze

Von der derzeit herrschenden Politik werden Wirtschaftsförderungen vor allem als Möglichkeit gesehen, privaten Unternehmen Steuergelder zukommen zu lassen. Unserer Meinung nach sollten Förderungen als steuernde Maßnahmen verstanden werden. So dürfen Steuergelder nur fließen, wenn im Gegenzug neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und die Unternehmen entsprechende soziale Auflagen erfüllen: Wer seinen Betriebsrat drang-

saliert, wer Frauen und Männer ungleich bezahlt oder wer zunehmend auf prekäre Beschäftigung setzt ist von Förderungen ausgeschlossen. Mittelfristig könnte das Land Förderungen in Form von Unternehmensbeteiligungen vergeben, um die wirtschaftspolitische Bedeutung des Landes zu erhöhen und eine wirkliche Standortgarantie zu haben. Generell muss die Richtschnur gelten, dass Förderungen nur für Arbeitsplätze fließen.

# Für eine eigenständige Wirtschaftspolitik!

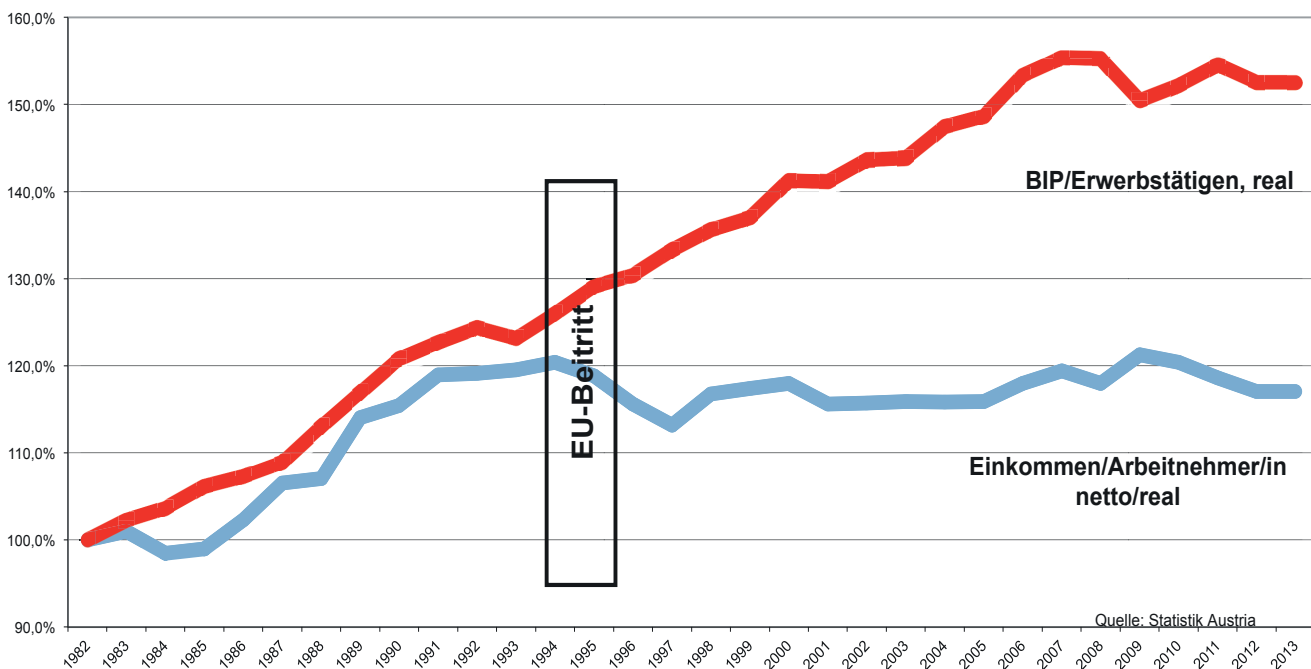
## Nein zum Diktat der Banken und Konzerne

Seit dem EU-Beitritt stagnieren die Löhne, wird der Druck am Arbeitsplatz massiv erhöht und steigt die Konkurrenz am Arbeitsmarkt durch die Zuwanderung. Die EU zwingt Privatisierungen auf, verhindert öffentliche Investitionen, fordert Sparprogramme auf Kosten der Sozialleistungen und des Gesundheitssystems.

Dazu einige Zahlen: Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit dem EU-Beitritt um rund 30 Prozent gestiegen ist hat sich das Nettoeinkommen pro Beschäftigtem nicht erhöht, ja ist sogar leicht gefallen.

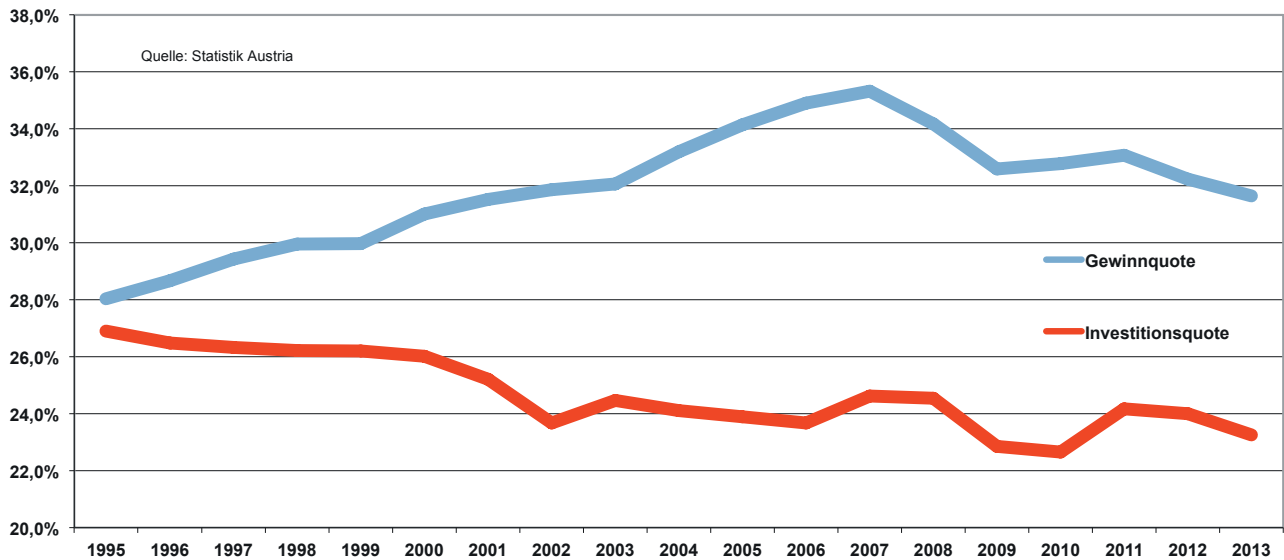
**Vergleich BIP je Erwerbstätigen real - Arbeits-Einkommen pro Kopf (netto, real)**

Österreich, 1982 - 2013



Vor allem die Beschäftigten im mittleren und unteren Einkommenssegment sind von diesen realen Lohn- und Gehaltseinbußen verhältnismäßig stark betroffen: Mittlere Arbeitereinkommen sanken von 1998 bis 2014 um 14 Prozent, die des untersten Zehntels der Arbeiter um 44 Prozent. Stellt man die

Gewinne den in Österreich getätigten Investitionen gegenüber, zeigt sich seit dem EU-Beitritt ein ebenso ernüchterndes Bild. Die Gewinnquote stieg von 28 Prozent 1995 auf 32 Prozent 2014. Dagegen fiel die Investitionsquote von 27 Prozent im Jahr 1995 auf etwas über 23 Prozent im Jahr 2014.



Eine stetige Tendenz nach oben seit dem EU-Beitritt weisen die Arbeitslosigkeit und die prekäre Beschäftigung auf: Ausgehend von 1995 nahm die Arbeitslosigkeit bis 2014 um 70 Prozent zu. Gleichzeitig hat

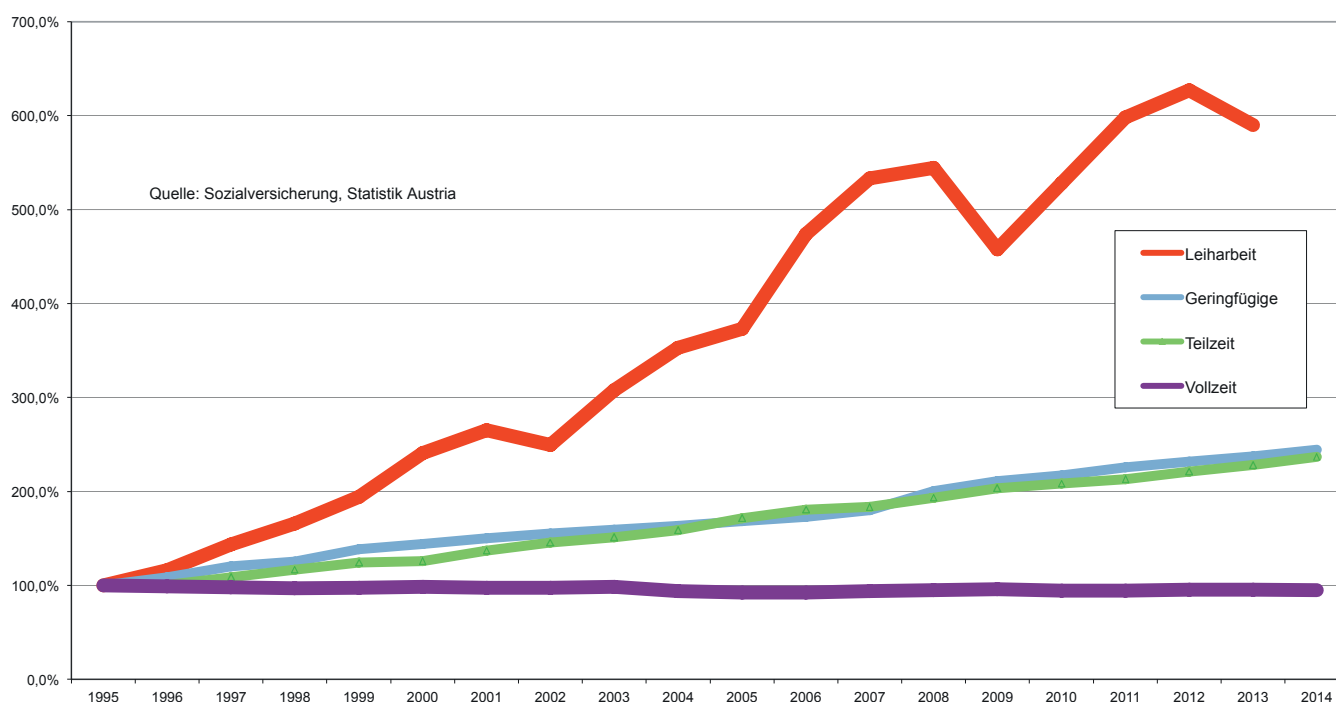
sich die Zahl der prekär Beschäftigten – solche die Teilzeit arbeiten oder nur geringfügig beschäftigt sind – in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt!



Der Bedarf an Arbeit im Non-Profit Bereich steigt stetig an.



## Prekäre Beschäftigung breitet sich aus - Österreich, 1994 - 2014



Die EU ist ein Zusammenschluss im Interesse der Banken und Konzerne, der von ihr ausgehende neo-liberale Turbo verhindert jede soziale Politik. Das ist festgeschrieben im Vertrag über die Europäische Union bzw. im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Beide Verträge können nur mit Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten verändert werden; in der Realpolitik ein Ding der Unmöglichkeit.

Der EU-Binnenmarkt lebt von der freien Mobilität der Arbeitskräfte. Die Menschen sollen zum Kapital wandern und nicht umgekehrt. Das ist ganz im Sinne des Kapitals und der Unternehmen. Sie können ungehindert billige Arbeitskräfte importieren und sich Ausbildungskosten sparen. Gleichzeitig fordert die EU-weite sogenannte „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ Lohndruck und steigende Arbeitslosigkeit in den Zielländern und vielfach ein „Ausrinnen“ von qualifizierten Fachkräften in den Herkunftsländern. Allein durch diese Freizügigkeitsregelung der EU sind von 2010 bis 2014 fast 223.000 Personen netto nach Österreich zugewandert. Zusätzlich pendeln täglich aus dem EU-Raum Arbeitskräfte ein, die keinen Hauptwohnsitz in Österreich haben. Erst seit 2011 wird diese Personengruppe statistisch erfasst,

damals umfasste sie über 105.000 Personen. Neuere Daten sind nicht vorhanden. Es ist davon auszugehen, dass diese Gruppe kontinuierlich gewachsen ist.

Eine fortschrittliche Politik muss den Arbeitsmarkt vor Dumpinglöhnen schützen und gesetzlich gegen Lohndrückerei vorgehen. Deshalb fordern wir eine sofortige Aufhebung der Entsenderichtlinie in ihrer derzeitigen Fassung und die Wiedererlangung nationaler Souveränität über den Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Nur so kann grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping effektiv verhindert werden. Längst ist der Zeitpunkt erreicht, wo Deregulierung und Flexibilisierung eine negative Bedeutung erhalten haben. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital, sowie der Ware Arbeitskraft erweist sich für immer mehr Menschen, aber auch für die Umwelt als zunehmend verheerend. Er befeuert Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und zerstört unsere Lebensumwelt. Wir stehen für eine neue Regulierung im Rahmen einer eigenständigen Wirtschaftspolitik. Die KPÖ hält dem Prinzip des unregulierten „Freihandels“ zulasten der arbeitenden Bevölkerung die internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe entgegen.

Letztlich wird es darum gehen, den Nationalstaat Österreich gegenüber supranationalen Organisationen und Vereinigungen – seien es der Währungsfond, der European Round Table of Industrialists oder Ratingagenturen – zu stärken und damit den Arbeitern, den Angestellten, den Bauern und den kleinen und mittleren Unternehmen so ein tatsächliches Instrument in die Hand zu geben, um sich ge-

gen Konzern- und Bankenwillkür effektiv zur Wehr setzen zu können.

In diesem Sinne wenden wir uns gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA oder TiSA, die in Europa Schätzungen zufolge rund 600.000 Arbeitsplätze kosten würden. Allein in der österreichischen Landwirtschaft wären 4.500 Arbeitsplätze bedroht.

*Frauenpension mit 60!*



**Pensions  
alter  
senken**

**KPÖ**  
Steiermark

*Von Arbeit muss man gut leben können!*



**Mindest-  
LOHN**

**KPÖ**  
Steiermark

*Lieber gleichberechtigt als später!*



**gleicher Lohn  
für gleiche  
Arbeit**

**KPÖ**  
Steiermark

*Her mit dem ganzen Leben!*



**Senkung  
der Lebens-  
arbeitszeit**

**KPÖ**  
Steiermark

*Arbeitszeit ist Lebenszeit -  
35 Stunden bei vollem Lohn!*



**Arbeitszeit-  
verkürzung**

**KPÖ**  
Steiermark

*Armut kommt nicht von allein!*



**Hände weg  
von der  
Mindestsicherung**

**KPÖ**  
Steiermark



Forschung, Entwicklung, Ausbildung.

Foto: voestalpine.com

## *Arbeiten Sie mit!*

**D**er Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir gehen keine faulen Kompromisse ein und spielen nicht die Handlanger für die Regierungsparteien.

Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in den Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind sich bei uns zu engagieren.

**Kontaktdaten: Tel. 0677/ 612 538 99  
oder E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at)**



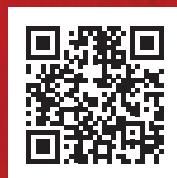
TTIP ganze Entwicklung Postämter  
 Jobs Ergebnis unermessliche Krise finanzielle verlieren  
 wurde Freihandelsabkommen Fortführung bewussten  
 Steiermark Profite Einrichtungen Regionen  
 Abwanderung Steigen Politik Krise Wirtschafts folgen  
 fehlt Ballungszentren kulturelle  
 Landauf neoliberalen arbeitslos Solidarität Armut  
 Euro Griff Teilzeitarbeit Zufall fest  
 Beitritt Krankenhäuser Hilfe Solidarität geplagt  
 größer unsichere Perspektive Unabhängigkeit Arbeit  
 brauchen Frauen beschleunigt während  
 Jungen präkäre neue Konsequente hat  
 Hilfe anpassend Polizeistationen Langzeitarbeitslosen  
 kein Nebenbahnen Richtungswechsel Spüren  
 Schulen Mittelpunkt verschwinden Landab Zahl  
 Mieten arbeitslos Beschäftigungsverhältnisse verschärft Tag



Forschung, Entwicklung, Ausbildung.

Foto: voestalpine.com

<https://www.facebook.com/kpsteiermark/>



KPÖ Landtagsklub Steiermark  
 Herrengasse 16/3 8010 Graz  
 Tel. 0316 / 877 5104  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)